

7.11.2014 F.A.Z. -Interview mit Bodo Hombach zum Warhol-Verkauf:

Ü: Kunst für Kohle? – So nicht!

UT: Oder Spielbank-Bau für Warhol-Bilder: Ein Gespräch mit Bodo Hombach zur Kulturpolitik der SPD in Nordrhein-Westfalen

Vorspann:

Der anstehende Verkauf von zwei millionenschweren Bildern von Andy Warhol durch die rot-grüne Landesregierung von Nordrhein-Westfalen stößt auch innerhalb der beiden Regierungsparteien zunehmend auf Widerspruch. Seit seinen Anfängen als Wahlkampfmanager von Johannes Rau hat Bodo Hombach die Politik der SPD in Nordrhein-Westfalen in verschiedenen Funktionen, als Landesgeschäftsführer, Landtagsabgeordneter sowie kurz auch als Wirtschaftsminister, mitgestaltet und, zuletzt von 2002 bis 2012 als Geschäftsführer der WAZ-Mediengruppe, beobachtet. Seit ihrer Gründung 2011 gehört Hombach dem Vorstand der Brost-Stiftung in Essen an, die soziale und kulturelle Projekte im Ruhrgebiet fördert. Er ist Präsident der Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik, einem An-Institut der Universität Bonn.

**Herr Hombach, die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen lässt zu, dass ein landeseigenes Unternehmen zwei Bilder von Andy Warhol veräußert. Ist das noch die SPD, die SPD-Kulturpolitik, die Sie begleitet und mitgetragen haben?**

Not macht erfinderisch. Zum Guten oder andersrum. Ich werde nicht mit Gratismut verurteilen, was die NRW-Regierung meint, aus unausweichlichen Gründen mittragen zu sollen. Wir in der Brost-Stiftung stoßen Kunst nicht ab, sondern lassen sie neu entdecken, indem wir Kunst im öffentlichen Raum wie „Terminal“ von Richard Serra vor dem Hauptbahnhof in Bochum oder die Wandmalerei von Isa Genzken und Gerhard Richter in der U-Bahn-Haltestelle König-Heinrich-Platz in Duisburg restaurieren lassen. Auch das hilft sparen. Es geht wohl um den Marktwert zweier Objekte. Man hat etwas relativ günstig erworben und hofft, es gewinnbringend wieder zu veräußern. Ob sich die Landesregierung mit dieser Galeristen-Pose kulturpolitisch einen Gefallen tut, sei dahingestellt. Die berühmte „schwäbische Hausfrau“ spart. Aber das Tafelsilber würde sie nicht veräußern.

**Ministerpräsidentin Hannelore Kraft stellt sich ja selbst gerne in die Tradition von Johannes Rau?**

Als Werner Schmalenbach die Kunstsammlung NRW aufbaute, war jedes Objekt eine ganz persönliche Entscheidung. Oft war es ein Volltreffer, aber

mancher warf ihm vor, Qualität erst dann zu erkennen, wenn der Markt sein – teures – Gütesiegel vergeben hatte. Darüber wurde heftig diskutiert. Das Potenzial „NRW“ ist mehr als eine Tradition. Jede Regierung hat es mit neuen Maßstäben zu tun und muss darum ringen. Wer die „Ära Rau“ für zeitlos gültig hält, dem wird in der nächsten Nacht Joseph Beuys erscheinen.

**Was sagt es aus über das kulturelle Selbstverständnis der SPD, wenn mit dem Erlös der Warhol-Bilder die Spielbank in Aachen saniert und eine neue Spielbank in Köln gebaut werden soll?**

Dieses Junktim als neues Selbstverständnis wäre in jeder Hinsicht kontraproduktiv. Selbst wenn das Kalkül stimmt, die Rechnung geht nicht auf. Wir beschwerten uns oft über Symbolpolitik, aber Politik braucht Symbole. Man muss sie mit Geduld und großer Sorgfalt erkunden, etablieren und pflegen. Man kann sie von jetzt auf gleich verlieren. Ich bin überzeugt: Ein großes „Ja“ verkraftet viele kleine „Neins“. Nicht umgekehrt.

**Ist die „Causa Warhol“ ein Präzedenzfall? Womöglich sogar ein Dambruch?**

Kritiker müssen aufpassen, dass sie eine vielleicht - und hoffentlich – einmalige Absicht nicht ihrerseits zur Grundsatzentscheidung hochstilisieren. Dann nämlich fiel es den Akteuren viel schwerer, sich gesichtswahrend zu revidieren. Die könnten trotzig auf die Idee kommen, Volkes Stimme zu befragen, und dann gnade uns und dem Kulturverständnis der Sozialdemokratie der liebe Gott!

**In anderen Bundesländern, so in Baden-Württemberg, wird Kunst als Zukunftsinvestition angesehen; Nordrhein-Westfalen dagegen investiert in Spielbanken?**

Diese Formel ist mir zu eng. Die kulturpolitische Zukunft eines großen Bundeslandes wird nicht durch eine Einzelentscheidung determiniert. Man hätte einer sozialdemokratischen Landesregierung ja auch nicht vorgeworfen, die beiden Warhols nicht gekauft zu haben. Wir brauchen nicht eine Brille für Kurzsichtige und eine andere für Weitsichtige. Besser ist eine Gleitsichtbrille für alle.

**In der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen braucht wohl eher die Sonnenbrille, so geblendet scheint sie von dem bloßen Geldwert der Kunst?**

Ich bin überzeugt: In der politischen Fuge eines Landes ist die Kunst immer das „Kontrasubjekt“, das Gegen Thema. Sie stellt die verschwiegenen Fragen und bearbeitet die verbotenen Probleme. Sie durchkreuzt die Verlegen- und

Verlogenheiten der Macht, denn sie muss nichts und darf alles. Ein demokratisches Gemeinwesen weicht dieser Spannung nicht aus. Im Gegenteil: Es sucht sie. Es hält sie aus, denn es ist es sich wert. Aber im Ernst, wir sind ja hier unter uns: Im Gründungsmythos der Ruhrfestspiele hieß es „Kunst für Kohle“. Der Satz darf nicht zum Kalauer vergammeln.

Die Fragen stellte Andreas Rossmann